

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einladung für nächste Woche.

Die Bankiers unmachgiebig — Die Konferenz auf dem toten Punkt.

Paris, 24. Juli. (WTB.) Der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet: In Konferenzkreisen erwartet man, daß die deutschen Vertreter in der nächsten Woche nach London berufen werden und daß die Konferenz noch etwa 14 Tage dauern wird.

Zwei Fragen an die Rechtsberater.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Den beiden juristischen Sachverständigen, die die Einladung Deutschlands prüfen sollen, dem Franzosen Fromageot und dem englischen Anwalt Cecil Hurst wurden von der Vollkonferenz zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1. Wirft die Inkraftsetzung des Dawes-Planes Probleme auf, die eine Vereinbarung mit Deutschland erfordern und welcher Art sind diese?

2. Auf welche Weise kann diese Vereinbarung erzielt werden, ohne daß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages verstoßen wird?

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Daily Telegraph“ halten die Bankiers mit großem Nachdruck an ihren am Dienstag gestellten Garantieforderungen fest, insbesondere der Präsident der Bank von England lehnte jedes Kompromiß ab. Trotzdem hat man in Paris die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß es im Laufe der nächsten Tage zu einer Verständigung kommen wird. Eine neue Kompromißformel ist am Mittwoch wiederum von dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis vorgeschlagen worden, doch ist darüber bisher in den offiziellen Aussprachen eine Einigung noch nicht erzielt worden. Angesichts dieser Schwierigkeiten nimmt man an, daß die Konferenz kaum vor dem 3. oder 4. August zu Ende gehen wird.

London, 24. Juli. (WTB.) Die hiesigen Blätter heben hervor, daß auf der gestrigen Vollziehung der Konferenz keinerlei Beschlüsse gefaßt wurden und daß auch kein bemerkenswerter Fortschritt in den vielen Erörterungen gemacht wurde, die im Gange sind.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Haltung der Bankiers gegenüber der Dawes-Anleihe und die Frage der politischen und finanziellen Garantien für die Kapitalanleger bleibe die Cruz der Konferenz. Der tote Punkt zwischen den Finanzleuten und den alliierten Regierungen, insbesondere der französischen Regierung, sei während der gestern vormittag geführten Verhandlungen nicht überwunden worden. Um die Zustimmung Herriots und der französischen Delegierten zu erlangen, habe Theunis vorgeschlagen, daß die Funktionen des geplanten Komitees von vier Dawes-Sachverständigen ausgeübt werden sollen, dem sich aber Lamont und insbesondere Montagu Norman widersetzen. Es wurde erklärt, daß weder die Bankiers noch die Kapitalanleger Vertrauen in das Ergebnis derartiger Beratungen setzen würden, wenn nicht der erteilte Rat die Reparationskommission binde. Diese Körperschaft habe sich durch ihre Parteilichkeit und ihre Gefügigkeit gegenüber Regierungsinstruktionen zur Zeit Poincarés bloßgestellt, und es könne nicht gesagt werden, daß sie den rechtlichen und offen scheidlichen Charakter, der ihr durch den Versailler Vertrag verliehen wurde, erfolgreich aufrecht erhalten habe. Die Alliierten Englands hätten daher den Eindruck gehabt, als ob die Bankiers darauf aus seien, die vertragsmäßigen Befugnisse der Reparationskommission zu beseitigen und den Versailler Vertrag zu revidieren. Zu dieser Beschwerde sei eine andere getreten, daß nämlich den Interessen Deutschlands mehr Beachtung geschenkt werde, als denen der Alliierten. Allerdings habe einer der Bankiers sich dagegen gewandt, daß solcher Nachdruck auf die Möglichkeit eines deutschen Verzuges gelegt werde, indem er bemerkte, daß ein Gerede dieser Art dazu angetan sei, sonst willige Kapitalanleger zu entmutigen.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Herriot hat am Mittwochabend die Vertreter der französischen Presse zusammenberufen und sie gebeten, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Er hat erklärt, daß er in den prinzipiellen Fragen fest bleiben werde, daß man aber den alliierten Regierungen Zeit lassen müsse zur Regelung aller Meinungsverschiedenheiten. Das sei um so schwieriger, als während 2½ Jahren jeder persönliche Kontakt gefehlt habe. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine reifliche Verständigung zu erzielen, ließ jedoch durchblicken, daß die Konferenz kaum vor Anfang August zu Ende gehen werde.

Die Linkspresse warnt Herriot.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, dessen Unmachgiebigkeit in der Frage der Sanktionen und der französischen „Handlungsfreiheit“ und dessen Widerstand gegen Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung schon am Mittwoch in der Linkspresse scharfe Kritik berechtigt, hat am Donnerstag morgen die sehr zweifelhafte Genugtuung, von den Blättern, die bis in die allerletzte Zeit hinein Verfechter der Politik Poincarés gewesen sind, unterstützt und ermutigt zu werden. Die Blätter der Linken dagegen lassen ihm keinen Zweifel mehr, daß die Mehrheit des 11. Mai seine Haltung nicht mehr verstehe. Der „Quotidien“ spricht von dem Konflikt in der Frage der Sanktionen als von einer Krise des Vertrauens.

England und Amerika glaubten noch immer nicht, daß Frankreich endgültig auf die Methode der Gewalt verzichtet habe. Wenn man gerecht sein wolle, müsse man erkennen, daß die Sprache, die die Linkspresse führe, diesen Verdacht in gewissem Sinne rechtfertige. Die Gewußung, mit der sie verzeichnet habe,

daß auch Herriot an den Rechten Frankreichs zu isolierten Aktionen festhalte, habe genügt, die Konferenz zu alarmieren, und deshalb versuche man nunmehr, Frankreich die Hände zu binden. Herriots Haltung erkläre sich zu einem Teil aus der begreiflichen Bestimmung über die falsche Auslegung seiner Absichten. Je loyaler und aufrichtiger er selbst sei, um so schwerer werde es für ihn, sich den gestellten Forderungen zu beugen. Er sei aber entschieden im Irrtum, wenn er glaube, daß das Land ihm sein Vertrauen entziehen werde, wenn er angesichts der Gefahr eines Scheiterns der Konferenz die ursprünglich eingenommene Position aufgeben und das theoretische Recht auf eine isolierte Aktion opfern. Gemüth werde es im Lager Poincarés Proteste geben, aber sie würden rasch zum Schweigen gebracht werden.

Das Land wolle eine Verständigung

und sei bereit, den Preis dafür zu zahlen.

„Ere Nouvelle“ greift Herriots Haltung in der Frage der Zulassung Deutschlands zur Konferenz aufs schärfste an. Man werde beim besten Willen nicht beweisen können, daß der Dawes-Plan nicht gewisse Bestimmungen enthalte, die über den Friedensvertrag hinausgingen, und deshalb könne man Deutschland das Recht nicht verweigern, darüber zu diskutieren. Die deutschen Forderungen gingen in dieser Hinsicht nicht über das hinaus, was es billigerweise verlangen könne. Im übrigen seien die Erfolge der Methoden, die man bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages und des Londoner Zahlungsplanes angewendet habe, wirklich nicht so glänzend, daß man sie heute wiederholen müsse.

Ernst nehmen!

Je größer der Lärm, umso näher der Unfall.

Die Deutschnationalen beschwerten sich, daß ihre „unverzichtbaren Vorbehalte“ für die Annahme des Dawes-Planes nicht ernst genommen werden. Sie wollen ernst genommen werden, sogar „bitter ernst“. Zu diesem Zwecke fügt die „Deutsche Tageszeitung“ gleich noch eine „Mindestforderung“ hinzu, die wir ernst nehmen sollen als die Forderung des Widerrufs der Schuldflüge: die Abschaffung der Reparationskommission. Dazu wird uns versichert:

„Auf Grund unserer guten Kenntnis der Stimmung in der deutschnationalen Reichstagsfraktion können wir ihm (dem „Vorwärts“) versichern, daß, wenn diese Mindestbedingungen nicht erreicht würden, die Deutschnationalen geschlossen den Dawes-Plan ablehnen werden. Und das nicht gut ein Zweifel daran bestehen kann, daß das Eisenbahngesetz nur unter Abänderung der Reichsverfassung, also mit Zweidrittelmehrheit, ins Leben treten könnte, so würde allem Erweisen nach das deutschnationale Nein das Scheitern des ganzen Planes in diesem Reichstage bedeuten. Das mag sich vor allem die deutsche Reichsregierung für die bevorstehenden entscheidenden Verhandlungen vor Augen halten!“

Je bestimmter die Versicherung, die deutschnationale Reichstagsfraktion wolle von der Erfüllung dieser Bedingungen die Gutachtengesetze ablehnen, um so sicherer der Unfall. Die Deutschnationalen wollen die Gesetze annehmen, sie wollen die Durchführung des Dawes-Planes — aber sie wollen mit diesen Vorbehalten agitatorische Geschäfte machen. Ihre Vorbehalte gelten nicht ihrer endlichen Stellungnahme, sondern sind nur Material für die außenpolitische Debatte, die sie im Reichstag erzwingen wollen.

Die lauten Töne, die sie in dieser Debatte reden wollen, sollen für ihre Agitation bestimmend werden, nicht für ihre Stellungnahme bei der Abstimmung. Die Deutschnationalen brauchen die Debatte vor deutschen Verhandlungen in London, um mit der Gebärde der Resignation, die ihre Pflicht erfüllt hat, nach den Verhandlungen umfallen zu können. Sie müssen sich bitter ernst stellen, weil es ihnen überhaupt nicht ernst ist. Was sie aber brauchen, ist den Verhandlungen nicht förderlich, und zornig sagt ihnen die „Germania“:

„Weil die Gefahren einer außenpolitischen Aussprache im Reichstag in diesem Augenblick so ungeheuer groß sind, deshalb wird sich die Zentrumsfraktion von den Deutschnationalen auch nicht im geringsten das Gesetz des Handelns vorschreiben lassen. Sie wird aber nicht verfehlen, zu gegebener Zeit deren gewissenlose parteipolitische Manöver mit aller Deutlichkeit dem deutschen Volke vor Augen zu halten und schon jetzt mit nicht milderer Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß sie jede Verantwortung für die unweigerlich entstehenden verhängnisvollen Wirkungen einer außenpolitischen Debatte ablehnt und ganz allein den Deutschnationalen und ihren radikalen Schrittmachern zuschieben muß.“

Wenn die Deutschnationalen eine Theaterzene des Nationalismus aufführen wollen und dazu den Anspruch erheben, daß sie in ihren Rollen ernst genommen werden, so müssen sie sich ein Publikum aus den Reihen ihrer unentwegtesten Anhänger aussuchen. Im Reichstag wird ihnen die Klugheit, Unaufrichtigkeit und Verantwortungslosigkeit ihrer Haltung von unserer Fraktion gebührend vorgehalten werden.

Aber selbst wenn sie sich ein Publikum aus ihren treuesten Anhängern suchen würden, um ihm den bitteren Ernst ihrer „unverzichtbaren Vorbehalte“ und ihres Entschlusses zur Ablehnung im Geiste der „nationalen Opposition“ zu erzählen — würden sie dort noch ernst genommen werden?

Achtstundentag und Gutachten.

Keine Ausführung durch soziales Dumping!

Die bisherigen Versuche, auf Grund des Vertrages von Versailles, mit Hilfe der Methoden des Diktats und der Sanktionen von Deutschland Reparationsleistungen zu erhalten, standen in schroffem Gegensatz zu den Ansätzen wirtschaftlicher Vernunft in den Versailler Bestimmungen über den internationalen Schutz der Arbeit. Es hat der qualvollen Erfahrungen von fünf Jahren bedurft, bis endlich die Gutachten einen Weg zur Lösung der Reparationsfrage vorschlugen, der die durch die wirtschaftliche Vernunft gezogenen Grenzen respektiert. Es ist nicht der Sinn der Gutachten, den Krieg abzulösen durch den Wirtschaftskrieg und der auf den Frieden harrenden Welt statt des Friedens den Zustand wilder wirtschaftlicher Feinden zu geben, die mit dem Mittel des sozialen Dumpings auf dem Weltmarkt ausgefochten werden.

Die Gutachten zielen auf die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft ab — nicht, wie die Gutachter mit aller Schärfe feststellen, weil die Sanierung Deutschlands Selbstzweck ist, sondern weil seine Sanierung eine der Voraussetzungen der Sanierung Europas ist. Dabei sind die Sachverständigen von zwei ganz grundlegenden Voraussetzungen ausgegangen. Die eine ist, daß Deutschland mindestens eine Last auf sich nehmen müsse, die den anderen Ländern gleich ist; die andere ist, daß Deutschland sich nicht eine Vorzugs- und Monopolstellung auf dem Weltmarkt schaffen dürfe mit künstlichen Mitteln, wenn nicht die Volkswirtschaften der anderen Länder darunter leiden sollten. Mit großer Schärfe kommen diese beiden Grenzen in der Einleitung zum Gutachten zum Ausdruck. Es heißt dort:

„Da infolge des Krieges die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlten, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Dies entspricht jenem Grundsatz, dem Vertrag von Versailles zugrunde liegenden Grundsatz, der von Deutschland in seiner Note vom 29. Mai 1919 gleichfalls ausgesprochen worden ist, daß nämlich die deutsche Besteuerung „verhältnismäßig genau ebenso schwer sein müsse wie die irgendeiner der in der Kommission vertretenen Mächte“. Mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten, weniger aber als diese würde Deutschland von den gemeinsamen Räten befreit und ihm im industriellen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Diesen Grundsatz verlorperet der Plan.“

Man erkennt, daß der Dawes-Plan sehr zielbewußt auf die Schaffung gleichmäßiger Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt abgestellt ist, und man kann annehmen, daß bei der allgemeinen wirtschaftlichen Denkart der Sachverständigen auch die Forderung des Gutachtens, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter den allgemeinen Standard in den anderen Ländern sinken dürfe, weniger idealistischen Gedankenängsten, sondern wirtschaftlichen Überlegungen entspringen ist: Beeinträchtigung der Abfahrancen anderer Länder in Deutschland, wenn das deutsche Lebensniveau sinkt. Immerhin gibt diese Forderung eine weitere Grenze für die Ausbeutung Deutschlands zu Reparationszwecken. Es heißt im Dawes-Gutachten, Teil I, Abschnitt XVII:

„Das Komitee zweifelt nicht, daß es dem deutschen Volke möglich ist, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne daß seine Lebenshaltung unter den Standard herabzusinken braucht, der sich dem der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn vergleichen läßt.“

Diese Schutzbestimmungen sind von der größten Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft. Sie zeigen deutlich, daß eine Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen unter das Niveau anderer Länder nicht im Sinne des Dawes-Planes liegt, daß die Sachverständigen vielmehr deutsche Leistungen um diesen Preis nicht wollen. Denn bei der Herstellung gleichmäßiger Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt spielt die Angleichung der Lohnhöhe, der Arbeitsbedingungen und vor allem der Arbeitszeit die größte Rolle. Bei verschiedenen Gelegenheiten zeigt das Gutachten, daß es den Schutz der ausländischen Unternehmer vor einer deutschen Konkurrenz bezweckt, die auf Kosten der deutschen Arbeiter mit Hilfe eines sozialen Dumping betrieben würde. So sagt es in Teil I, Abschnitt VIII, bei Besprechung des Grundgesetzes der gleichwertigen Besteuerung, es sei „offensichtlich unangemessen und nach keiner Richtung wünschenswert“, daß der alliierte Steuerzahler

„in keinem geschäftlichen Wettbewerb durch Herstellungskosten — einschließlich der Löhne —, die höher sind als die seines deutschen Konkurrenten, behindert wird.“

Es liegt in der Absicht des Gutachtens, zu verhindern, daß die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt künstlich gesteigert wird, so daß ein Dumping ausgeübt werden könnte. Es erwartet deutsche Mehrleistungen nicht von einer Bedrückung der deutschen Arbeiter, sondern von einer Ausnutzung der natürlichen Vorzüge Deutschlands:

„Deutschlands wachsende und arbeitssame Bevölkerung aber, seine große technische Begabung, der Reichtum seiner Materialquellen, die Entwicklung seiner Landwirtschaft auf fortschrittlichen Bahnen, seine hervorragende technische Wissenschaft, alle diese Faktoren gestalten uns einen hoffnungsvollen Ausblick auf seine künftige Produktion.“

Mit keinem Wort ist dabei von der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung in Deutschland die Rede. Der Gedanke, die deutschen Mehrleistungen durch eine Verlängerung der Arbeitszeit sicherzustellen, ist unvereinbar mit den Gedankengängen des Gutachtens; denn er würde, ganz entgegen dem auf Beruhigung und wirtschaftlichen Frieden abzielenden Sinn des Gutachtens, eine Reubelebung des wirtschaftlichen Krieges bedeuten. Arbeitszeitverlängerung in Deutschland ist der Versuch, die erbitterte Auseinandersetzung der letzten Jahre um die Reparationslast mit anderen Kampfmitteln, mit dem Mittel des sozialen Dumpings zu erneuern — eben das, was das Gutachten verhindern will. Soziales Dumping und Ausfuhrung des Gutachtens in lokalem Geiste sind unvereinbar. Man kann nicht auf der einen Seite wirtschaftliche Erleichterung erwarten und gleichzeitig an der Kutmierung der anderen arbeiten, man kann nicht die Beachtung einer Grenze für Kulturhöhe und Lebenshaltung des eigenen Volkes fordern und gleichzeitig diese Grenze gegen die eigenen Arbeiter selber durchbrechen. Die Durchführung des Gutachtens in lokalem Geiste erfordert darum die Beachtung des internationalen Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über seine Gewährleistung.

Eine andere Haltung der deutschen Regierung würde im internationalen Verhältnis die Vermutung nahelegen, daß sie den Reparationskrieg mit anderen Mitteln forsühren will. Gegenüber den eigenen Arbeitern jedoch würde sie eine Preisgabe seines hohen kulturellen Gutes der großen Masse des Volkes bedeuten, das selbst der Dawes-Plan schützen will. Eine Preisgabe des Achtstundentages durch die deutsche Regierung würde ebenso verwerflich sein wie ein Verzicht auf die Schutzbestimmung des Gutachtens, daß die Wiederherstellung der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches die Voraussetzung des Dawes-Planes ist.

Völkische Selbstkritik.

Wegen „Deutsche Tage“, Herrenübermut und patriotische Besoffenheit.

Eine an Grausamkeit grenzende Selbstkritik des völkischen und deutschnationalen Treibens liefert Dr. Max Kähler aus Bismark in der Altmark in Wulkes „Deutschem Tageblatt“. Er schreibt:

„Nicht denkt nicht daran, sich um Politik und das Tun und Treiben im „hohen Hause“ zu kümmern. Er hat wichtigere Sachen zu tun. Er muß Feste feiern. Zwar heißt es überall, wenn man in Bekanntheit umhört, ich habe kein Geld. Aber wenn es gilt, ein sogenanntes Volksfest zu feiern, ist auf einmal alles vergeten und Geld in Hülle und Fülle da. Und eine Veranstaltung jagt die andere, und es vergeht selbst in den kleineren Städten fast kein Sonntag, an dem nichts los ist. Was es nun ein Schützenfest, ein Sängerfest, ein Turnfest, Bogenschießen oder ähnliches sein, überall zeigt sich das gleiche Bild. Man begnügt sich nicht mit einem Tage, nein, es wird auf drei bis vier Tage, ja bis auf die ganze Woche ausgezogen, und die Hauptsache ist der Festball. Und was für ein Festball? Das hat den Charakter, das Dr. Drexler, ein Lied der Jungdeutschen und viele andere nationalelieder werden mihbraucht und wechseln ab mit dem jüdischen Schma „Bananen“ und „Wo hast Du denn die schönen blauen Augen her“ usw. Und dann sieht man schwanke Gestalten, die des Alkohols zuviel genossen haben und nun in Hurrapatriotenstimmung „Deutschland, Deutschland über alles“ oder „Die Wacht am Rhein“ brüllen. Für wahr, wir reden noch gar tief; und der Reinigungsweg unserer völkischen Bewegung ist noch weit und schwer. Es geht hier um völkische und um persönliche Scham. Ein deutscher Bruder, der aus dem besetzten Gebiete des Tun und Treiben sich hier mit ansehen muß, wird und muß sich seiner Vorgesessenen schämen. Wie kann denn einer auf solche Weise seinen „Patriotismus“ beweisen? Denkt denn niemand an die Not und den Ernst der heutigen Lage? Willenthalten derselbe Jubel, gerade als ob wir als Sieger hervorgegangen wären.“

Und dann, wie werden diese Feste gefeiert? Immer selbstverständlich nur „unter sich“. Da feiert z. B. der Gesangsverein in X. sein hundertjähriges Bestehen. Alle Vereine werden eingeladen; den Arbeitergesangsverein überläßt man geflissentlich. Aber ich bitte Sie, wie kann man zu solch einem Feste, wo man doch im Traid und Zins mit weihen Handflächen trichseln, auch einen Arbeiterverein einladen? Man ist doch national, und schon der Name „Arbeiter“! So ungefähr denken diese „Herren“. Und was ist die Folge? Die Klassengegensätze werden verstärkt.

Herr Dr. Kähler hat schon recht. Nur einen Haken hat die Geschichte. Denn wenn man sich seine Kritik zu Herzen nimmt und nach ihr handelt, dann hört die ganze „völkische“ und „deutschnationale Bewegung“ binnen drei Tagen auf.

Die „visierte“ Perspektive.

„Gefahren der opportunistischen Verjüngung“.

Der Zentralkomitee der KPD. war am Sonntagabend versammelt, um den Bericht seiner Delegation aus Moskau entgegenzunehmen. Dort hat man die „Perspektive der nächsten Entwicklungsperiode“ diskutiert und ist dabei zu etwas betrüblichen Ergebnissen gekommen. Auch die KPD. hat den Eindruck, daß ihr schlechte Zeiten bevorstehen. Es ist allgemeine Meinung, die pazifistisch-demokratische Welle geht zu ihrem großen Scherz durch die Länder. Poincaré ist gestürzt, Mussolini wackelt, in Amerika entwickelt sich die dritte Partei Dasselste, die englische Arbeiterregierung wird selbst nach Ansicht der englischen Kommunisten aus Neumachen gestürzt hervorgehen und der deutsche Sozialismus hat seinen Höhepunkt überschritten. Einmalen die Zeiten so schlecht sind, muß um so energischer „geputzt“ werden. Mit Bemutigung wird deshalb festgestellt, daß Warst in Polen abgesetzt ist, daß Souvarine ausgeschlossen wurde, daß Höglunds Hmousschmiß bedroht. Klara Zetkin, die man aus rein dekorativen Gründen in der kommunistischen Internationale befehlt, erhält von der gelehrten Führerin der KPD. entsprechende Belehrung. Ihr wird vorgeworfen, daß sie dieselben Fehler macht, wie Rosa Luxemburg, die bekanntlich schon seit längerer Zeit zum alten Eisen geworden ist. Die deutsche Zentrale rühmt sich, in Moskau alles getan zu haben, um den Sektenscharakter der kommunistischen Bewegung noch mehr zu unterstreichen. Sie hat verhindert, daß einige führende Genossen der roten Gewerkschaftsinternationale einen Offenen Brief an die Komintern richteten, ob sie bereit wären, auf dieser oder jener Grundlage eine organisierte Einigung herbeizuführen.

Einen wirksamen Widerspruch hat Ruth Fischer mit ihrem Bericht nicht gefunden, die KPD. ist einseitlich „links“ eingestellt. Die tapferen Helden um Brandler und Thielheimer haben es für klüger, den Kampf bis zu einem günstigeren Moment aufzuschieben. Trotzdem scheint auch bei den „Linken“ eine gewisse Ahnung vorzuherrschen, wohin sie die kommunistische Partei mit ihrer genialen Strategie führen. Ein linker Diskussionsredner wenigstens erklärte:

„Bezeichnend ist, welchen Hoffnungen sich auf Grund des letzten Beschlusses der erweiterten Exekutive die menschewistische Presse hingibt. Der „Vorwärts“ jubelt bereits, daß sich die Kommintern in einer Sadgasse verrannt habe. Er spekuliert angesichts eines etwaigen Weiterbestehens der pazifistischen Seuche, daß wir zu einer Sekte werden. Es ist also eine Spekulation auf die Brumpfung in unserer eigenen Partei.“

Zweifellos eine Gefahr, auf die wir acht geben müssen.

und der wir am besten begegnen können, indem wir für die ideologische Befestigung in unseren eigenen Reihen, für die Herausschärfung des Leninistischen Charakters einer Massenpartei Sorge tragen. Gerade angesichts der augenblicklichen flauen Stimmung, die ihr größtes Ausmaß erreicht zu haben scheint, ist es notwendig, daß wir keinerlei Konzessionen an den Opportunismus machen.“

Wenn folgermaßen selbst die zuverlässigsten Hüter und Sponsoren des unbedenklichen und unverfälschten „kommunistischen“ Klassenkampfes einsehen, daß die Lage für die KPD. schwierig wird, weil ihre Resolutionsphrasen immer gegenstandslos werden, dann wird man uns Sündern gestatten, daß wir erst recht über die kommende Entwicklung ähnlich denken. Der kommunistische Zentralkomitee bestätigt ja nur das, was die Entwicklung

der letzten Jahre hundertmal bewiesen hat: Hoffnungen kann der Bolschewismus nur auf das Hochkommen sozialistisch-reaktionärer Tendenzen, auf das Ueberwuchern der europäischen Anarchie setzen. Eine Politik, die Europa die Möglichkeit gibt, zur friedlichen Arbeit, zur demokratischen Aufwärtsentwicklung zurückzukehren, eine Politik, die die Arbeiterbewegung in allen Ländern hochbringt, wäre für den Bolschewismus tödlich. Er ist und bleibt nichts anderes als eine Begleiterscheinung der Reaktion, die in Deutschland so gut wie in allen anderen Ländern ihn als beste Hilfsarmee im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung einschätzt und gebraucht.

Die Aufwertungsfrage.

Beginn der Ausschussberatung im Reichstag.

Am heutigen Donnerstag vormittag trat der Ausschuss zur Aufwertung des Reichstags endlich zusammen. Auf Aufforderung erklärte zunächst Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium, daß die Reichsregierung in der vor einigen Tagen stattgefundenen Besprechung der Parteiführer gewünscht habe, daß der Ausschuss seine Beratungen in einem Unterausschuss verlege, dem die Regierung alles zur Beurteilung der schwierigen auswärtigen Frage notwendige Material unterbreite. Dieser Weg empfahl sich erstens, um der Gefahr der wilden Spekulation, die mit öffentlichen Beratungen des Ausschusses verbunden seien, zu begegnen, und zweitens, weil alle an diesen Fragen beteiligten Ressorts, insbesondere wegen der Londoner Verhandlungen stark überlastet seien. Abg. Herget (Dnat.) sprach sich für die Einsetzung eines Unterausschusses über bestimmte Anträge der Parteien aus und unterließ das Verlangen nach streng vertraulicher Beratung dieser Körperschaft. Auch der Redner der Völkischen, Abg. Feder, vertrat denselben Standpunkt.

Für die Sozialdemokraten erklärte der Genosse Keil, es sei ein ungewöhnliches Verfahren, die Beratungen einer so ungeheuer wichtigen Frage mit der Einsetzung eines Unterausschusses zu beginnen. Die Arbeit des Unterausschusses könne nur fruchtbar sein, wenn ihm bereits Direktiven vorliegen über die Stellungnahme der einzelnen Parteien. Die Verweisung aller Anträge an einen Unterausschuss, ohne daß sie zuvor zu einer Klärung der Stellungnahme der einzelnen Parteien geführt haben, müsse das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Ernst der Absichten herabzurufen. Dieses Vertrauen werde verstärkt, wenn die Vertraulichkeit der Verhandlungen von vornherein bestimmt würde. Es sei deshalb zweckmäßig, zunächst in die allgemeine Besprechung der Anträge der Parteien einzutreten und dazu das Reichsfinanzministerium zur Teilnahme und Stellungnahme aufzufordern. Je nach dem Gang dieser Beratungen habe man dann immer noch die Möglichkeit, einen Unterausschuss einzusetzen. Keil beantragte ferner, zur Klärung des ganzen Problems Vertretungen der Interessentenkörperschaften zu hören. Das seien neben den geschädigten Gläubigern, Sparern und Versicherern auch die Schuldner. Deshalb sei die Anhörung auch des Reichsverbandes der Industriellen, des Reichsverbandes der Banken usw. erforderlich.

Inzwischen hatte der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Ausschuss mitteilen lassen, daß es ihm leider unmöglich sei, sofort oder in den nächsten Tagen sich an den Arbeiten des Ausschusses zu beteiligen. Nach umfangreicher weiterer Geschäftsordnungsdebatte, die zuweilen stark zu einer sachlichen Debatte wurde, entschied sich der Ausschuss mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Völkischen für die möglichst baldige Anhörung aller Interessentenorganisationen. Deutschnationale und Völkische wollten angeblich zunächst eine Generaldebatte, benutzten in Wirklichkeit die Anregung aber, um möglichst verpuffen zu machen, daß beide Parteien mit größtem Nachdruck für die sofortige Einsetzung eines vertraulich tagenden Unterausschusses eingetreten waren, da ihnen diese ihre Absicht bereits von nationalen Kreisen den Vorwurf „abjektivischer Verschleppung“ eingetragen hätte.

Es ist in Aussicht genommen, daß die Anhörung der Interessenten bereits am Freitag, den 25. Juli, vormittags 10 Uhr, beginnen soll.

Zeitungsverbot. Die völkische „Schlesische Volksstimme“ wurde auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien auf die Dauer vom 23. Juli bis einschließlich 29. Juli 1924 verboten.

Kastelle einer urzeitlichen Jägerhorde.

Wichtige Ausgrabungen in der Umgegend von Mainz.

Ein für die Kenntnis der Urzeit auf deutschem Boden sehr bedeutsamer Fund ist bei Mainz gelungen: die im freien Gelände liegende Kastelle einer Jägerhorde aus der Diluvialzeit. Geologisch gehört er nach der Ansicht des Professors Ernst Reeb, des Direktors des Mainzer Altertumsmuseums, der zusammen mit seinem naturhistorischen Kollegen Professor Schmüden die Ausgrabungen leitete, in das Ende der letzten Eiszeit, archaisch in die Zeit, die nach den Funden in Frankreich „Spät-Aurignacien“ genannt wird — ein Menschenstamm dieser Zeit ist bekanntlich vor 12 Jahren aus den hauerischen Funden ins Berliner Museum gekommen.

Die Fundstelle liegt innerhalb des Gebietes, das vom römischen Regionslager eingenommen wurde, 2,70 Meter unter dem heutigen Gelände. Als man hier eine Straße anlegte, fielen neben römischen Fundstücken Feuersteinlingen auf. Man legte unter dem Löß der späteren Zeit etwa 90 Quadratmeter frei. Da fanden sich zunächst eine Reihe von niedrigen Steinsetzungen aus aufeinandergehobenen unregelmäßigen Kalksteinplatten. Diese Steinsetzungen waren offenbar Sitzgelegenheiten oder auch eine Art von Tischen, auf denen die Horde ihre Jagdbeute zerlegte oder Jagdgeräte anfertigte. Daran wiesen die Knochenreste, die in der Umgegend der Tische lagen, und die Feuersteinhülle hin. Dazu kamen zwei Feuerstellen aus Kalksteinbrocken, auf denen Holzkohlenstücke und abgebrannte Knochen lagen, ferner eine kinnenartige Stelle: vielleicht sind auf dieser Tenne die hoch ausgebreiteten Felle der erbeuteten Tiere für den späteren Gebrauch zu Kleidung, Bindfäden, Seilen und ähnlichem abgetrocknet oder sonstwie bearbeitet worden. In verhältnismäßig größerer Zahl fanden künstlich bearbeitete Gegenstände zutage, Feuersteinwerkzeuge, wie Ätlingen, Kraber, Schaber und Bohrer, ferner Pfeilspitzen und Nadeln. Da sich in großer Menge Abfall von Feuerstein fand, sind die Werkzeuge an der Feuerstelle offenbar aus den Feuersteinbrocken hergestellt worden, mit Hilfe von Häufigkeiten oder Klagen, schelbenartigen Kalksteinen, wie sie heute noch der Mainbohrer mit sich führt und wie sie damals von den Jägern oder den Kindern der Horde als Werkzeuge und Spielzeug aufgeföhren wurden. Die feinere Form dieser Werkzeuge ist für das Entwerfen oder in der Spätzeit der Aurignacien bezeichnend.

Dafür spricht auch ein weibliches Figürchen, von dem sich leider nur das Bruchstück ihres Unterkörpers fand, aus einem weichen Stein geschnitten, ehemals im ganzen etwa 7 Zentimeter hoch. Es hat denselben Typus des riesig aufgeschwemmten Beckens, nodien Frauenkörpers, wie ihn ähnlich die neuerdings weiblich gewordene sogenannte „Venus von Willendorf“ in Österreich und alle die anderen keinen plastischen Kunstwerke der Steinzeit tragen. Auch Holzreste, die zum Vorschein kamen, zeigen Spuren der Bearbeitung, z. B. in einer Art Korbweiden. Ueber die ganze Fundstelle zerstreut fanden sich Schneckenhäuschen, schiffartig durchbohrt, anscheinend aufgeföhren, um sie als Schmuckstücke, Halsketten oder Anhänger zu verwenden; einige davon stammen aus

dem Mittelmeer. Von Werkzeugen aus Knochen liegen bis jetzt einige Messer vor. Aus der gleichzeitigen Tierwelt wurden festgestellt: Renntier, Pferd, Rhinoceros, Mamut.

Ihre Jagdgründe hatte die Jägerhorde in den nabegelegenden Jöhlsbacher Tälern, das dort in die damals noch lumpyge, von Tümpeln und Altarmen des Rheins durchsetzte Rheinniederung mündet. Hier wucherte das Jagdwild, das in Fallgruben gefangen und gleich an Ort und Stelle zerlegt wurde. Die zur Nahrung dienenden oder zur Herstellung von Werkzeugen brauchbaren Stücke schaffte man auf die Anhöhe der Kastelle, die für die Jagdwende sehr geschickt gewählt war, denn von der Erde der Hochfläche aus hatte man den weitesten und günstigsten Ueberblick über das ganze Vorfeld. Nach dem Bericht Reeb's in der „Prähistorischen Zeitschrift“ ist die Kastelle nur kurze Zeit benutzt worden. Als die Jagdgründe erschöpft waren, das Wild sich verzogen hatte, wird die Jägerhorde weitergewandert sein. Alle Stücke sind in das Altertumsmuseum der Stadt Mainz verbracht worden.

Das Mädchen.

Von Walter G. Schilowski.

Es heißt Maria — und ist vor Wochen Mutter geworden. Wer Maria nicht näher kennt, wird glauben, sie sei schwer davon. Nur wer die Bondschast ihres Herzens kennt und in den Bergen ihrer Seele geruht hat — und sei es auch schon lange her —, der wird sehen können, wie sie abends aufsteht, und wie ein Lächeln über ihr Antlitz läuft.

Ich kenne Maria schon lange. Die gleiche Fabrik umschloß uns; tagsüber klafften die Transmmissionen in unsere Träume. Aber in der Mittagspause wöhben sich ihre Hände über eine Blume oder über einen Zweig wie zu einer Kronkranz — ich weiß, sie zitterten, wenn ein Duft sich an ihre Rippen warf. Abends rief sie; es war immer dasselbe. Es war jenes Gebet, das aus den Kammern ihres Geschlechts kam: der Schrei nach der Wiedergeburt ihres Leibes — das fleischgewordene Gebet der Liebenden.

Nun erhielt sie es. Sie ist jetzt Mutter. Im Dunkel ihres Zimmers weint das Kind. Wie alle Kinder weinen. Aber die Not ist größer als in dir Zeit vorher, da ihre Hände noch Arbeit nehmen konnten, um leben zu können.

Jetzt will sie doppelt leben. Aber die Welt hat eine härtere Sprache: das Kind starb.

Maria... Ich weiß keinen anderen Namen für Mütter. Er trägt das Kreuz des Schmerzes und der Liebe, er ist das Zeichen des Leids aller Frauen, die Kinder gebären und nicht wissen, wie nahe der Tod steht; die aber immer wieder lächeln, da sie das Kind empfangen dürfen als die durchblutete Weibgabe ihres armenleigen Lebens.

Oper am Königsplatz: „Das Fürstentum.“ Schon fünfzehn Jahre ist diese reizende Operette alt, und noch ist von ihrer Leuchtkraft und tiefmüßigen Leblichkeit nicht das geringste verloren gegangen. Im Gegenteil, nach den Hunderten von Nieten wissen wir diese Perle noch mehr zu schätzen. Der Titel dieser Meisteroperette von Déhar ist

nicht ganz treffend. Denn die Hauptsache ist nicht das sogenannte Fürstentum, in Wirklichkeit Tochter des gefährlichen Räuberhauptmanns von Griechenland, und ihre Liebe zum Kommandanten eines amerikanischen Staatschiffes, die natürlich ihr Ziel erreicht, sondern die Liebe ihres Vaters zu einer gefangenen jungen Amerikanerin. Etwas viel vornehmere Räuberromantik, aber sonst ein tadelloses Lustspiel, das keine Komik fast nur in die musikalischen kurzen Dialoge ausbreitet. Die Vertonung produktiv. Was für eine Orchesterleitung! Kommerarchester, die Romantik hauptsächlich durch die reich besetzten Celli, Hörner und Klarinetten dargestellt. Ein höchst wichtiges, individuellstes Beden desselben, ohne daß die mit schönsten Melodien besetzten Sänger im geringsten dadurch behindert werden. Eine wunderbare Part, die im zweiten Räuberakt ihren Höhepunkt findet. Ohne jede Anlehnung direkt ein Pendant zum Akt in der Schmagglerschuld in „Carmen“. Sonst alles ungarisch, allerdings ohne viel Pfeffer und Paprika. — Die musikalische und geistliche Leitung noch viel bedeutender als in „Bolend“. Arthur Guittmann und auch Karl Holz haben Meisterhaftes geleistet. Kein Ton büber Operettenmusik. Vornehmster Klang, schönste gesungene und orchestrale Besetzung, darauf auch die Regie eingestellt, wozu die entfallenden Bühnenbilder (Linnebach und Köhler) ihr gut Teil beitragen. In der ausgezeichneten Aufführung ragte besonders Erich Deutsch Haupt durch eine barbierrisch und gefanglich-musikalisch musfergüllige Wiedergabe des Räuberhauptmanns und Fürsten hervor. Neben ihm wären vor allem Marie Fischer durch ihre gefangliche Vollenbung und Wimi Wesseln, das sehr sympathische Fürstentum, zu nennen. S. M.

Das erste Opfer der Todesstrafen: der Ersinder. Grindell Matthews, der Entdecker der sogenannten „Todesstrahlen“, ist kürzlich in Amerika eingetroffen und wurde nach der Landung von Berichtserstattem ausfragt. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, daß er niemals die Absicht gehabt habe, seine Erfindung an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Er wolle sie aber vervollkommen, um die Britischen Inseln uneinnehmbar zu machen. Während der Ueberfahrt hat der Ersinder an norderer Uebermüdung gelitten und sehr sich daher nach vollkommener Ruhe. Als die Reporter ihn fragten, was seine große Brille zu bedeuten habe, antwortete er, daß er im Verlauf seiner Versuche auf dem einen Auge die Schraffur vollständig eingebüßt habe und in nächster Zeit wahrscheinlich vollständig erblinden werde.

In der Buch- und Kunsthandlung der Künstlerhilfe, Quaburgerstr. 23, spricht am 25. Juli, abends 7 Uhr, Seite 2 a 2 1 aus eigenen Worten.

Die Briefmarkensammlung des Jahres verkauft. Die russische Regierung hat die aus mehr als 37000 Stück bestehende Briefmarkensammlung des letzten Jahres, die wertvolle Briefmarkensammlung in Russland, an die Gesellschaft der amerikanischen Briefmarkenverkäufer verkauft. Sie erstreckt damit den schwungvollsten Briefmarkenverkauf, der von jetzt an zwischen Russland und der ganzen Welt eingeführt werden soll. Mit Unterstützung der Sowjetregierung ist die „Weltliga der Briefmarkensammler“ ins Leben gerufen worden, die einen möglichst ausgiebigen Austausch der russischen Marken mit denen der anderen Länder in die Wege leiten soll. Die erste Nummer der Zeitschrift dieses Vereins, des „Samlet-Skiftetiden“, ist in vier verschiedenen Sprachen gedruckt und soll über die ganze Welt verbreitet werden.

Eine Fälschung.

Zur Schutzpropaganda der Agrarier.

In der „Deutschen Tageszeitung“ nimmt der Landbundesführer und deutsch-nationale Abgeordnete Freiherr v. Richthofen erneut zur Zollfrage Stellung mit dem selbstverständlichen Ergebnis, nämlich daß die Landwirtschaft die Schutzzölle brauche. Freiherr v. Richthofen stützt seine Beweisführung in der Hauptsache darauf, daß die Industrie bereits im Genuß von Schutzzöllen sei, daß also die Landwirtschaft nur einen Anspruch auf Gerechtigkeit erhebe, wenn sie ihrerseits Schutz gegen die ausländische Konkurrenz verlange. Daß die industriellen Schutzzölle des Tarifes von 1902 sogar mit einzelnen Verschärfungen in Kraft sind, trifft zu. Aber ebenso trifft es zu, — und das verschweigt der Landbundesführer seinen Getreuen — daß dieser Tarif der Abänderung bedarf und daß bei seiner Abänderung der Forderung der Landwirtschaft nach billigen Betriebsmitteln weitgehend Rechnung getragen werden kann, wenn sie ihrerseits von Schutzzöllen absteht. Jedenfalls ist ein Zolltarif, den die Regierung selbst für reformbedürftig hält, daß sie sich ausdrücklich zu seiner Abänderung besondere Ermächtigungen erteilen lassen will, keine geeignete Grundlage für die Forderung nach Getreide- und Fleischzöllen.

Richthofen geht aber noch weiter. Aus der Tatsache, daß die Arbeitervertreter am 5. April und am 5. August 1923 der Wiederaufrichtung und Verschärfung des alten Zolltarifs zugestimmt haben, schließt er, daß sogar die Parteien der Linken und der Arbeiterschaft sich grundfalsch mit einem lächerlichen Schutzolltarif einverstanden erklärt haben. Schlussfolgerung und Voraussetzung sind gleich haltlos. Als im Jahre 1922 und später die Zölle erneuert und revidiert wurden, handelte es sich überhaupt nicht um einen Schutzoll, d. h. um die Begünstigung inländischer Industriezweige vor der ausländischen Konkurrenz. Die Industrie hätte sie damals gar nicht notwendig gehabt, da sie ja ohnehin durch die Hochschutzmur der Inflation ausreichend vom Weltmarkt abgesperrt und vor der Konkurrenz ausländischer Waren am inländischen Markt geschützt war. Die Zoll-erhöhung verfolgte damals einen ganz anderen Zweck. Es handelte sich darum, dem Reiche erhöhte Einnahmen zu erschließen durch die Wiedereinführung der Zölle, die damals die einzige einigermaßen dem Sinken des Geldwertes angepaßte Einnahmequelle war. Die regelmäßige Festsetzung des Goldzollaufgeldes sorgte für die Aufrechterhaltung des Goldwertes der Vorkriegseinnahmen wenigstens in bescheidenem Umfang. Das war bei keiner anderen Steuer der Fall. Dieses finanzielle Interesse spielte die entscheidende Rolle. Es kam hinzu, daß man in der Zeit rapiden Wertverlustes ein Interesse daran hatte, ausländische Luxuswaren vom inländischen Markt fernzuhalten, um Devisen einzusparen. Auch aus diesem Grunde wurden die Zölle in Kraft gesetzt und teilweise sogar erhöht. Es war dies aber kein Schutzoll, der irgendeine heimische Industrie begünstigen sollte, sondern lediglich eine Abwehrmaßnahme im Kampf um die Währung. Die ganze Ermächtigung zur Inflation und Abänderung der Zölle war endlich nur ein Provisorium. Wie man aus dieser Zustimmung der Arbeitervertreter zu einer Notmaßnahme, die nicht einen einzigen Schutzoll enthielt, die Geneigtheit der Sozialdemokratie zu industriellen Schutzzöllen konstruieren kann, ist das Geheimnis des Reichslandbundes.

Die Gründe, die die Arbeiterschaft damals zu ihrer Haltung in der Zollfrage veranlaßten, sind öffentlich bekannt. Sie sind aber entscheidend für die Frage, ob es sich damals um einen Schutzoll oder nur um finanzpolitische Maßnahmen handelte. Jedenfalls ist es eine Fälschung des Sachverhalts, wenn man die Gründe, die damals die Arbeitervertreter leiteten, heute in ihr Gegenteil umdrehet, nur um damit das angebliche Recht der Landwirtschaft auf Schutzzölle zu beweisen.

Demokraten gegen Zollwucher.

Die Agrarzölle unmöglich und unerträglich.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Hamburg hat zu den drohenden Agrarzöllen Stellung genommen und einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: „Der Parteiausschuß erkennt die Notwendigkeit an, der notleidenden Landwirtschaft zu helfen, sieht aber in den Agrarzöllen weder das einzige noch das richtige Mittel. Der Parteiausschuß erkennt vielmehr in dem Rufe nach den Agrarzöllen die Taktik, die das deutsche Volk für die Stärkung der Rechtsparteien bei der Reichstagswahl vom 4. Mai einfiel. Der Parteiausschuß hält die in Aussicht genommenen Agrarzölle im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, die Ausfuhr der Industrieerzeugnisse wesentlich zu steigern, für unmöglich und im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der großen Masse der Verbraucher für unerträglich. Der Parteiausschuß erhält die Ermächtigung, die durch die Vorlage der Reichsregierung gegeben werden soll, nach den mit den bisherigen Gemäßigungsgeboten gemachten praktischen Erfahrungen für undenkbar. Der Parteiausschuß ersucht deshalb die Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei im Reichstag, dem vorliegenden Gesetzentwurf auf keinen Fall ihre Zustimmung zu geben.“

Die „Befriedung“ des Saargebietes.

Genf, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommission für das Saargebiet hat dem Sekretariat des Völkerbundes ihren Bericht für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1924 übergeben. Danach ist eine Erhöhung der Produktion und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Um eine Senkung der Kohlenpreise herbeizuführen, werden die Transportkosten für Saarkohle vom 1. Juni ab herabgesetzt. Die Verwaltung der Saargebiete gibt ihren durchschnittlichen jährlichen Reingewinn mit 19 833 467 Goldmark und den Reingewinn pro Tonne mit 2,06 Mk. an. Der Haushalt des Saargebietes weist für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 Gesamtausgaben im Betrage von 182 621 147 Franken auf, die durch die Einnahmen gedeckt sind. Zur Behebung der Kreditnot wurden 15 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Den Vorwurf der Französisierung der Schulden weist der Bericht zurück. Die Schulden der französischen Staatsgebieten wurden von 4446 deutschen Kindern befreit bei einer Gesamtzahl von 112 000 schulpflichtigen Kindern im Saargebiet. Nach der Volkszählung vom 1. Januar 1924 hat das Saargebiet 749 797 Einwohner gegenüber 713 165 im April 1922. Der Bericht stellt zum Schluß eine zunehmende Befriedung und Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse fest.

Der Vizepräsidentenkandidat der Dritten Partei. Der demokratische Senator Wuester hat erklärt, die Kandidatur als Vizepräsident auf der Liste der Sozialisten annehmen zu wollen.

„Sterne“.

Wo der Lunapark hat eine Sternmarke bekommen. Auf der Plattform des Nordturmes ist ein Zeih-Fernrohr mit 155-mm-Objektivdurchmesser aufgestellt, das etwa eine 200fache Vergrößerung ermöglicht. Ein zweites Fernrohr mit 200-mm-Objektiv wird bald folgen. Ein alter Schuldirektor, der ja von Berufs wegen weniger zur Erde als zu den Sternen blickt, gibt sein Wissen von den Sternen, das ihm Lebensinhalt geworden ist, an jung und alt weiter. Und wer von dem irdischen Trübel des Lunaparks genug hat, wandert die Stufen zur Sternwarte empor. Er tut einen Blick in den Himmel und weitet sein astronomisches Wissen, das bei den meisten ja nicht über die Kenntnis des Großen Bären hinausgeht. In diesen Gewittertagen freilich, als zu einer Befichtigung eingeladen war, verdeckten schwere Gewitterwolken die „Sternsicht“; aber immerhin konnte so der etwas prunkvolle Name gerechtfertigt werden: „Wir warteten der Sterne!“ Es war recht gemächlich da oben. Alle bunten Lichter des Lunaparks leuchteten heraus, die flotten Klänge der Kapelle umgüllten das Ohr, und schließlich verkürzte das Feuerwerk die Wartezeit.

Inzwischen wurde das Fernrohr durch Einsetzen eines anderen Okulars mit Umkehrprisma in ein Erdfernrohr verwandelt, und es gab andere „Sterne“ zu sehen! Zehn und mehr! Zwei gewaltige Scheinwerfer beleuchteten sie, und alle Augen und Operngläser wandten sich zu ihnen. Der das Glück hatte, sah sie in 150facher Vergrößerung. Man konnte die größten Körper atmen sehen und ab und zu ein Auge, daß zur Seite blickte. Unten am Rande des Halenreifes wurden lebende Marmorgruppen gezeigt. Es war immerhin „Sternsicht“.

Doch jetzt wollte sich der Jupiter nicht kumpen lassen. Er spielte zwar Besessenen, aber eingefangen war er, und durch das Inzwischen wieder befestigte astronomische Okular sah man deutlich drei seiner Monde. Mehr Aussicht gaben die Wollen nicht. Zu sternklaren Tagen wird es mehr zu sehen geben. Ja, durch ein neuentwickeltes Okular kann man die Sonnenflecken beobachten, und sicherlich ist es angenehmer, der Sterne warten, d. h. sie beobachten zu können, als verurteilt zu sein, lange und vergeblich auf sie warten zu müssen.

„Gentlemaneinbrecher“.

Die ganze Wohnung ausgeräumt.

Eine Bande von Gentlemaneinbrechern hat sich augenblicklich die Gegend der Greifswalder, Wismar- und Marienburger Straße zum Arbeitsfeld erkoren. In den letzten Tagen wurde dort eine Reihe von Einbrüchen verübt, bei denen jedesmal zwei oder drei elegant gekleidete Herren, auf die zunächst niemand Verdacht hatte, gesehen wurden. Ein Kaufmann in der Greifswalder Straße erhielt ihren Besuch, während er im Geschäft zu tun hatte und seine Frau verzeilt ist. Die Eindringler öffneten mit Hilfe von Bleitreifen ein Sicherheitsschloß und stahlen bares Geld, wertvolle Schmuckstücke, eine Rasselte mit Inhalt, 150 Gramm geschmolzenes Gold u. a. m. Zwei elegante Herren hatten vorher geklopft und geklingelt und verübten dann in der Zeit von 7 bis 11 Uhr abends den Einbruch. In der Marienburger Straße stahl die Bande bei einem Kaufmann eine Rasselte mit 1800 Mk., einen Posten Herrenstoffe und Brillantenschmuck, Ringe, Kollern usw., während sich die Familie nachmittags in einem Garten in der zweiten Hofe aufhielt. Bei einem Kaufmann in der Wismarstraße drangen die Verbrecher ein, indem sie mit einem Stimmeln die Tür aufdrachen. Sie erbeuteten für 7000 bis 8000 Mk., besonders Kleidungsstücke. Das Brecheisen sehen sie zurück. Ein anderer Kaufmann in der Wismarstraße wollte mit seiner Familie perzeilt und hatte am Tage vor der Abreise alles sorgfältig gepackt. Die beiden eleganten Herren hatten es hier leicht. Sie erbrachen die Koffer, holten das Beste heraus, im Ganzen für 10 000 Mk. und nahmen es in einem Handkoffer mit. In der Brenzlauer Allee wurde von drei Männern einer Frau, die im Krankenhaus liegt, die ganze Wohnung ausgeräumt. Hier drangen sie mit Nachschlüssel ein. Als eine Aufwarterin kam, um nach dem Rechten zu sehen, waren alle Wertgegenstände verschwunden.

Der Irrtum des Postassistenten.

Wie wir im April berichteten, hat ein Postassistent beim Postamt 8 in Charlottenburg (Kesperstr. 48) einen Verlust von 5200 Mk. erlitten, weil er beim Verkauf von Einkommensteuermarken irrtümlich hohe Marktwerte anstatt der verlangten Nennwerte an das Publikum abgeben hatte. Demnach hat sich ein Käufer, dem für 800 Mk. unrichtige Marken verabsolgt worden waren, gemeldet. Der Schaden für den Postbeamten beläuft sich somit immer noch auf 4400 Mk. Da angenommen werden muß, daß die übrigen Empfänger der unrichtigen Einkommensteuermarken diesen Irrtum noch gar nicht erkannt haben, dürfte der für den Verlust voll haftbar gemachte Postbeamte, der überdies durch einen Wohnungseinbruch schwer geschädigt worden ist, alle diejenigen, die seinerzeit bei ihm im Postamt 8 in Charlottenburg Einkommensteuermarken gekauft haben, herzlich darum, die empfangenen Marken einer genauen Durchsicht zu unterziehen und etwa unrichtig verabsolgte Marken zurückzugeben. Sollten die hochwertigen Marken von den Empfängern bereits vertrieben worden sein, wird gleichfalls gebeten, dem Postamt 8 oder dem Postamt Charlottenburg 1 (Berliner Str. 62/64), zu dessen Geschäftsbereich das Postamt 8 gehört, Mitteilung zu machen, damit die Erlattung der unrichtig vertriebenen Marken — ohne jegliche Schädigung der Beteiligten — herbeigeführt werden kann.

Die Flagge auf dem „Seebad“ Wandsb.

In dem nördlich von Berlin gelegenen Wandsb. hat sich am Sonntag ein Vorfall ereignet, der die republikanische Bevölkerung in große Erregung versetzte. Infolge der Latrostei der verfallenen Gemeindevertretung, die in ihrer Mehrheit aus Republikanern bestand, wurde im vergangenen Jahre im Wandsb. eine Badeanstalt errichtet, die in Verbindung mit den dortigen Unter- und Erziehungsmöglichkeiten wesentlich zur Hebung des Fremdenverkehrs beitrug. Zur Einweihung der Badeanstalt hatte die Gemeindevertretung eine Fahne der Republik gestiftet, die bis jetzt lustig über den See grühte. Am letzten Sonntag fühlte sich der Bademeister, ein pensionierter Beamter, in Gemeinschaft mit östlichen Jünglingen veranlaßt, diese Fahne herunterzuholen und durch die schwarzweiße Monarchistenfahne zu ersetzen. Allerdings trägt diese eine winzige kleine schwarzgoldene Bösch, die aber nur mit einem guten Fernglas zu erkennen ist. Ganz abgesehen davon, daß im Binnenlande die Seebadeflagge wirklich nicht angebracht ist, bedeutet das ganze nichts weiter als eine unerschämte Provokation der republikanischen Bevölkerung. Unter den Kurgästen hatte sich sofort eine Bewegung zum Boykott der Kurrichtungen des Ortes bemerkbar gemacht. Vielleicht sieht sich der Gemeinde- und Amtsobersteher in Wandsb. im Interesse seines Ortes, für das er ja mitverantwortlich ist, veranlaßt, gegen diesen Flaggenraub einzuschreiten, den er selbst nach seiner ganzen bisher gezeigten Einstellung am wenigsten billigen kann.

Brand in einer chemischen Fabrik. Wegen eines Fabrikbrandes wurde die 5. Kompanie der Berliner Feuerwehr am Mittwoch nach der chemischen Fabrik von Dr. G. F. Hennig, Schwebler Straße 9, alarmiert. Dort stand auf dem Hofe ein Schuppen und ein angrenzender Pferdestall in Flammen. Entstanden war der Brand durch Entzündung von Öl und Methan. Die Hitze war so groß, daß von einem anliegenden dreistöckigen Gebäude der Fuß herunterfiel. Trotzdem gelang es der Wehr, den Brand mit mehreren Schlauchleitungen sächsischen Kalibers auf den Schuppen und den Stall zu beschränken.

Die „Vorteile“ der Erbschaften.

Vor einiger Zeit habe der „Vorwärts“ in Nr. 307 einen Artikel über „Zahlungsschwierigkeiten der Erbschaften?“ veröffentlicht, dem wir zur Illustration der Dinge einen zweiten folgen lassen. Da heißt es im Standesblättchen der Berliner Ärzte, das so ziemlich unter Ausschluß der Deffenlichkeit erscheint und sich deshalb im stillen manche Geistesblüte gegen die Ortstrankenkassen erlaubt, über die Verhältnisse bei den Erbschaften:

„Die Auszahlung des Reihonorars hat dadurch eine Verzögerung erfahren, daß einzelne Kassen, darunter aber eine große, mit ihren Zahlungen im Rückstand geblieben sind, da ihre Beiträge infolge der Geldknappheit (ausgerechnet bei den Erbschaften) nicht rechtzeitig eingegangen sind. Infolge der wirtschaftlichen Lage ist die Zahl der Arbeitslosen und damit die Zahl der Krankmeldungen wesentlich gestiegen. Insbesondere haben sich bei der Krankenkasse für das Deutsche Reich die Arbeiter ganzer Betriebe krank gemeldet. Wir ersuchen daher die Kassen, bei Bescheinigungen von Arbeitsunfähigkeit bei allen Erbschaften mit größter Vorsicht und Sorgfalt zu verfahren. Darüber hinaus wurde mit dem Vorstand der Krankenkasse für das Deutsche Reich vereinbart, daß bis auf weiteres bei jeder Krankmeldung sofort eine Nachuntersuchung stattfinden soll, ohne vorherige Benachrichtigung des behandelnden Arztes. Wir (die Ärzteorganisation) weisen ferner nochmals mit, daß den Erbschaften von Leipzig aus für die Monate Mai und Juni ein 15prozentiger Abzug zugestanden ist. Der Abzug für Bureaukosten, Mitgliedsbeitrag zum Leipziger Verband usw. ist für diese Monate daher auf 8 Proz. (des Honorars) herabgesetzt worden.“

Wenn man diese Zellen liest, kann man nur sagen, die Ärzteorganisation spottet ihrer selbst und weiß nicht wie. Wo erhofft sind die gut fundierten Erbschaften gelinde gesprochen pleite, denn ein Privatunternehmen, und das sind die Erbschaften, dem jetzt keine Geldmittel zustießen, ist erledigt. Andererseits beweisen diese Mitteilungen, wie eifrig hochstehend der Arztstand von seinen eigenen Vertretern eingeschätzt wird, wenn er für ihre Kostentätigkeit ausdrücklich verlangen muß, mit größter Vorsicht und Sorgfalt zu verfahren. Dinge also, die man eigentlich von jedem Arzt erwarten sollte. Für die jetzt Erwerbslosen, die sich für die Erbschaften liden lassen, kommt jetzt das dicke Ende nach. Denn wer nicht zahlt, flücht, und dann kann er noch obendrein wegen Zahlungsoverschuldung beim ordentlichen Gericht verklagt werden. Nachdem jetzt ganzen Betrieben gekündigt worden ist, müssen die Erwerbslosen, um ihre Mitgliedschaft zu erhalten, von ihrer großen Arbeitslosenunterstützung nach dem Geld für die Erbschaften sich abhängen, da die Städte nur den Betrag für die allgemeinen Ortstrankenkassen, das ist 30 Pf. pro Woche für sie zahlen können. Wie tüchtig die Ärzte in ihren eigenen Betrieben zu wirtschaften verstehen, beweist ihr Abzug von 8 Proz. für Bureaukosten usw., während z. B. die DDR. Berlin nur 7 Proz. Mitgliedsbeitrag einschließlich des Beitrages zur Erwerbslosenfürsorge erhebt und dafür außer den Regelleistungen noch Familienversicherung, Verschickungen usw. gewährt. Die erkrankten Mitglieder der großen Arbeitererbschaften, die mit ihren Zahlungen im Rückstand ist und die sich meistens aus Arbeitern und kleinen Angestellten rekrutieren, haben bei einer Erkrankung, die einer Krankmeldung bedarf, das Vergnügen, als verdächtige Simulanten und Trübsalbringer sofort dem Vertrauensarzt vorgelegt zu werden, in Erinnerung an die fetigen Zeiten des Stahlbads, wo auch die Gesundheitskommissionen herumreisten und Kranke gesund beschreiben. Das sind die „Vorteile“, die die Erbschaften gegenüber den Ortstrankenkassen ihren Mitgliedern gewähren.

Aufgepöckelt.

Auf dem Leipziger Platz war nachmittags der 28 Jahre alte Entreehler Karl Diekmann mit dem Kaufmann von Nummern auf einen Straßenmarkt beschäftigt. Wädhlich rutschte die Leiter, auf der er stand, aus und er fiel auf das eiserne Gitter, das die Rasenflächen umgibt. Eine der Eisenspitzen drang ihm in das Gesicht, eine andere in den rechten Oberarm. Man brachte den Schwerverletzten nach der nächsten Rettungsstelle und dann nach seiner Wohnung, Am Fallplatz 4.

Der Berchtesgadener Mörder verhaftet.

Wie aus München gemeldet wird, ist der 17-jährige Gymnasiast Kurt Rehler, der unter dem Verdacht steht, den Studienrat Merg aus Berlin bei Berchtesgaden ermordet und beraubt zu haben, gestern Abend auf dem Hauptbahnhof von einem Münchener Kriminalbeamten erkannt und festgenommen worden. Er wurde zur Polizeidirektion gebracht, wo er die Tat zugab. Er hat den Mord ausgeführt, weil er in Geldverlegenheit war. Der 17-jährige Gymnasiast Rehler aus Nürnberg gestand nach anfänglichem Leugnen auch noch, daß er am 22. Juli in der Berchtesgadener Gegend eine Frau aus Zwidau überfallen, ihr mehrere Messerstücke verzeilt und die Handtasche geraubt habe. Bei dem Verhafteten fand man eine Legitimation, aus der hervorgeht, daß Rehler Mitglied der nationalsozialistischen Wehrorganisation „Reichslage“ in Nürnberg ist.

Haarmann vor dem Untersuchungsrichter.

Der Massenmörder Haarmann ist am Mittwoch wieder einem längeren Verhör durch den Untersuchungsrichter unterzogen worden. Es wurden ihm zwei Frauen aus Berlin und Bremen gegenüber gestellt, die das Verschwinden ihrer Söhne dem Haarmann zur Last legen. Der Verbrecher leugnete den Verbrechen mit den beiden vermißten jungen Leuten, deren Bilder ihm unter zahlreichen Hin- und Herfragen vorgelegt wurden.

Unwetterkatastrophe auch in der Schweiz.

Am Dienstag Abend wurde auch die Ostschweiz, namentlich die Kantone Appenzell und St. Gallen, von einem orkanartigen Gewittersturm mit Hagelschlägen schwer heimgesucht, der sich zu einer wahren Wetterkatastrophe ausdehnte. Die Kulturen und die Ernte im Wettergebiet sind zum großen Teil vernichtet. Laufende von Obstbäumen sind entwurzelt worden, viele Dächer wurden abgedeckt, Schornsteine vom Sturmwind fortgerissen und Fenster Scheiben zertrümmert. Besonders heftig tobte der Sturm in Loggenburg und St. Gallen. In vielen Orten lag der Hagel 30 Zentimeter hoch und lag zum Teil noch gestern Morgen auf den Feldern. In Rapperswil wurde der Schloßurm fast völlig abgedeckt. In St. Gallen durchbrach das Wasser das Bahnhofsbad und strömte in die Bahnhofshallen. Die Straßen verwandelten sich in Ströme, Telefonleitungen wurden vom Sturm zerrissen und die Keller waren stellenweise bis zur Decke mit Wasser gefüllt. Der heftige Wettersturm, der vom Dienstag auf Mittwoch eintrat und Systeme von ungewöhnlicher Stärke brachte, hat im Saalburggebiet ein schweres Bootunglück zur Folge gehabt. Auf dem Wangerler letzterem Dienstag Abend ein mit vier Erwachsenen und einem Kind besetztes Boot. Nur einer der Insassen konnte gerettet werden.

Wetter für morgen.

Wetter und Ausgucken: Beschleudert bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge. Temperaturen ungewöhnlich. Deutschland: Am ganzen Reich herabdrückender Witterungscharakter und noch ziemlich kühl. Im Norden noch gelegentliche leichte Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für das deutsche Baugewerbe. Beseitigung des Achtstundentages.

Es ist den Unternehmern im Baugewerbe gelungen, einen Unparteiischen zu finden, der einen Schiedspruch gefällt hat, wonach für das Deutsche Baugewerbe vom 16. April bis 15. Oktober die 52stündige Arbeitszeit zu gelten habe. Praktisch kommt das nicht nur auf die Beseitigung des Achtstundentages hinaus, sondern für einzelne Gruppen des Baugewerbes auf eine längere Arbeitszeit, als sie vor dem Kriege hatten.

Die Verhandlungen über einen Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe sind immer wieder gescheitert. Die Unternehmer haben schon im Jahre 1920 auf einem internationalen Kongress in Brüssel beschließen, den Achtstundentag im Baugewerbe zu beseitigen. Dieser Parole der Internationale der Unternehmer haben die Bauunternehmer der meisten Länder zu folgen versucht. Es ist daher in vielen Ländern zu umfangreichen Kämpfen gekommen, insbesondere in England, wo es aber den Bauarbeitern gelungen ist, die 44-Stundenwoche zu behaupten.

In Deutschland, wo im Baugewerbe durch das bekannte Verfahren die Preise künstlich hochgehalten wurden und erst durch die steigende Konkurrenz der sozialen Baubetriebe herabgesetzt werden konnten, haben die Unternehmer behauptet und behaupten noch, daß sie die Verlängerung der Arbeitszeit nur wünschen, um eine Verbilligung der Baukosten herbeizuführen. Wenn man weiß, wie rückständig gerade das Baugewerbe in Deutschland ist, wie wenig die Bauunternehmer sich bemühen, die Baupreise durch rationelle Betriebsführung und technische Verbesserung der Produktion zu senken, dann wird man sich von den Behauptungen der Bauunternehmer nicht täuschen lassen.

Die langwierigen, immer wieder gescheiterten Verhandlungen führten schließlich zu einem Schlichtungsverfahren im Reichsarbeitsministerium. Das Ergebnis war die Fällung eines Schiedspruches durch den unparteiischen Vorsitzenden. Nach diesem Schiedspruch beträgt die wöchentliche Arbeitszeit „grundsätzlich“ 48 Stunden, kann aber vom Arbeitgeber während des Sommerhalbjahres einseitig auf 52 Stunden verlängert werden, ohne daß für die Liebestunden ein Zuschlag zu zahlen ist. Die Arbeitszeit würde demnach betragen vom 1. Dezember bis 28. Februar 42, vom 1. März bis 15. April 48, vom 16. April bis 15. Oktober 52 und vom 16. Oktober bis 30. November 48 Stunden. Es wird also in das Ermessen des Unternehmers gestellt, den „gesetzlichen“ Achtstundentag um vier Stunden die Woche zu verlängern. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, das in der Befassung garantiert ist, wird aufgehoben. Die Lohnspanne zwischen Facharbeitern und Ungelernten wird von 5 auf 15 Proz. erhöht. Die Stoffelung der Lohnsätze ist gleichfalls erhöht worden. Sie beträgt vom 16. bis 17. Lebensjahre 12½ Proz. und verringert sich bis zum 21. Jahre um 2½ Proz. des Lohnes des Kolllarbeiters. Anspruch auf Ferien haben die Arbeiter, die „mindestens 36 Wochen in demselben Unternehmen ununterbrochen gearbeitet“ haben. Der Vertrag gilt bis zum 1. März 1926, kann aber zum 1. März 1925 gekündigt werden.

„Der Zimmerer“, dem wir diese Angaben entnehmen, schreibt hierzu:

Ein näheres Eingehen auf alle Einzelheiten des vorstehenden Schiedspruchs behalten wir uns vor. Er enthält nicht unerhebliche Verschlechterungen in der Ferienfrage, der Stoffelung nach dem Lebensalter und der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Vor allen Dingen aber, und das ist der Kernpunkt: er bedeutet die Beseitigung der Arbeitszeit unter 48 Stunden und für die Sommermonate die glatte Aufhebung des Achtstundentages für das Baugewerbe. Der Schiedspruch stellt es somit vollkommen in das Ermessen des Unternehmers, die „wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes“ als Vorwand zu benutzen, um eine zuschlagsfreie Mehrarbeit von wöchentlich 4 Stunden anzuordnen. . . .

Ohne daß wir der Entscheidung unserer Verbandsinstanzen vorgehen wollen — Erklärungstrikt ist bekanntlich bis 4. August —, darf doch heute schon festgestellt werden, daß dieser Schiedspruch für unsern Zentralverband, und wir glauben auch für die andern Arbeiterverbände, ganz untragbar ist.

Landarbeiter und Entesstreiks.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes wird uns geschrieben:

Es mehren sich die Meldungen, nach denen Landwirtschaftskammern an amtliche Stellen herangetreten sind, um ihnen zu sagen, es seien neue Bestrebungen zur Entfischung von Landarbeiterstreiks in der Erntezeit im Gange, und sie zu ersuchen, diesen Bestrebungen ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zu den so handelnden Landwirtschaftskammern gehört auch die für Schleswig-Holstein. Da zu erwarten ist, daß dieses Vorgehen auf die amtlichen Stellen nicht ohne Einfluß bleibt, halten wir es für angebracht, hierzu klar und deutlich die Meinung der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter zum Ausdruck zu bringen. Die freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter erkennen in Gemeinschaft mit den Landwirten und den Landwirtschaftskammern

an, daß alles getan werden muß, die Ernte so schnell und reibungslos wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Sie sind aus dieser Erkenntnis heraus auch bereit, eine ganze Reihe ihrer Wünsche bis zu einem späteren Zeitpunkt zurückzustellen. Was sie aber nicht zurückstellen wollen, ist das Verlangen, ihnen wenigstens jetzt das zu geben, worauf sie einen rechtlichen und gesetzlichen Anspruch haben. Das wird, soweit Schleswig-Holstein in Frage kommt, in vielen Fällen abgelehnt. Als Beweis für diese Behauptung führen wir nachstehend an, was uns die Geschäftsleitung des Deutschen Landarbeitersverbandes in Kiel berichtet:

„Zur Beurteilung der Haltung der Arbeitgeber sei darauf hingewiesen, daß man stellenweise in ganz rigoroser Weise durch Kündigungen versucht, sich von den Verpflichtungen des Tarifvertrages freizumachen. Außerdem ist es üblich geworden, daß man ganz einseitig diktiert, wie die verschiedenen Paragraphen des Tarifvertrages auszulegen sind. So kommt es, daß trotz Tarifvertrag jetzt die verschiedenartigsten Arbeitsverhältnisse in Schleswig-Holstein bestehen. Besonders bedenklich ist die Haltung der Reichsarbeitsverwaltung. Sie hat es bis zum heutigen Tage beharrlich abgesehen, die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages auszusprechen.“

So wie hier gehandelt wird, handelt man auch in anderen Bezirken des Reiches. Aus Ostpreußen wird beispielsweise berichtet, daß den Arbeitern jetzt übermäßig hohe Summen für das Deputat abgezogen werden, das während der Streikzeit geliefert wurde. Außerdem verlangt man von den Landarbeitern, daß sie aus dem Deutschen Landarbeitersverband austreten und die Summen zurückzahlen, welche die Arbeitgeber durch die Heranzahlung der Technischen Rothilfe während der Streikzeit verausgaben mußten! Die Schaffung tariflicher Vereinbarungen mit dem Deutschen Landarbeitersverband liegt nach wie vor in weiter Ferne.

Daß ein solches Verhalten der Arbeitgeber zu der größten Beunruhigung der Landarbeiter und damit zu einer Gefährdung des Wirtschaftsfriedens gerade in der jetzt bestehenden Erntezeit führen muß, liegt klar auf der Hand.

Die amtlichen Stellen würden angesichts dieser Feststellung nur ihre Pflicht tun, wenn sie den Landwirtschaftskammern auf ihre Eingaben deutlich erklären würden, so lange keine Veranlassung zum Eingreifen zu haben, wie nicht nachgewiesen werden kann, daß die Arbeitgeber selbst alles getan haben, um die Entstehung einer Streikstimmung zu unterbinden.

Der Konflikt in den Kammereibetrieben. Die Gemeindefabrikanten lehnen abermals ab.

Die Funktionäre der Arbeiter aus den Kammereibetrieben der Stadt Berlin lehnten gestern abend den am Sonnabend vom Zentralauschuss gefällten Lohnschiedspruch ohne Diskussion einstimmig ab.

Bevollmächtigter Polenke teilte in der Versammlung mit, daß der vorliegende Spruch des Zentralauschusses gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeihilfer gefällig geworden ist. Die an sich schon unzureichenden Lohnhöhen der ersten Schiedsstelle sind durch den Spruch des Zentralauschusses weiter herabgesetzt worden, so daß der Stundenlohn für qualifizierte Handwerker 66 Pf., für Handwerker 61 Pf., für Ungerne 50 Pf. und für Ungerne 44 Pf. betragen würde. Abgesehen davon, daß diese Löhne mit den Löhnen der Privatindustrie überhaupt keinen Vergleich aushalten, bedeutet die neue Regelung eine weitere Auseinandersetzung der Löhne der Handwerker und der Ungerne, die für die Gemeindefabrikanten untragbar wird. Polenke ließ in seinen Ausführungen keinen Zweifel darüber, daß die neuen Löhne keine Unterlegen für zukünftige Lohnverhandlungen bieten können.

Selbst dem Magistrat scheint die Unmöglichkeit dieser Art Lohnregelungen zum Bewußtsein gekommen zu sein. Obwohl er den Spruch angenommen hat, ist gleichzeitig eine Einladung zu neuen Verhandlungen, die bereits am Freitag stattfinden sollen, an den Gemeindefabrikantenverband ergangen. Dieser Einladung wird natürlich Folge gegeben werden; Grundzüge für die Verhandlungen könne aber nicht der Spruch des Zentralauschusses, sondern im ungünstigsten Falle der Spruch der ersten Tarifkommission sein.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen Polenkes einverstanden. Sie stimmte dem Antrag der Tarifkommission, den Spruch abzulehnen, zu. An dem Magistrat wird es nunmehr liegen, ob er durch entsprechendes Entgegenkommen an die Gemeindefabrikanten die Folgen seiner bisherigen Tarifpolitik barmen will. Der Lohnstreit konnte längst aus der Welt geschafft sein, er brauchte durch die unverständliche Haltung des Magistrats und des Stadterordneten-ausschusses nicht zum Konflikt erweitert werden.

Ein berittener Maurermeister.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 315 eine Zuschrift, wonach der Maurermeister Reinhold Rubel in Fredersdorf seine Lehrlinge zum Eintritt in den Heiterverein durch Dreyfänger zwingen wollte. Herr Rubel ersucht uns, diese Mitteilung zu berichtigen. Er habe weder ein solches Ansinnen gestellt, noch durch Verabfolgung von Dreyfängern erzwingen wollen. Es handle sich um eine böswillige Erfindung.

Stand der technischen Angelegenheiten und Beamten. Allgemeine Mitglieder-Versammlung Freitag, 6. und 7. Uhr, „Deutscher Hof“, Rudowstr. 15. Tagesordnung: 1. Ausweisung der Kandidaten für die Wahlen zum Bundesrat; 2. Wahl der Vertreter zum Bundesrat; 3. Anträge zum Bundesrat; 4. Bekanntgabe der neuesten Tarifverhandlungen und ihrer Resultate in den einzelnen Industriezweigen. Den Mitgliedern ist durch diese Versammlung Gelegenheit gegeben, richtunggebend auf die Geschäfte des Bundes hinzuwirken und gleichzeitig durch mündliche Beratsammlungsberichte informiert zu werden. Das Erscheinen aller Mitglieder liegt im eigenen Interesse. Ortsvergewaltung Berlin.

Sport.

Kadrennen in Ruhleben.

Die Sonntags-Kadrennen in Ruhleben werden dem Berliner Radpublikum erneut den Beweis bringen, daß die deutschen Berufsradrennfahrer Sport und feinen Kampf lieben. Wie zum ersten Sonntag haben sich die am kommenden Sonntag unbeschäftigten Fahrer wieder reiflos in den Dienst der Sache gestellt, so daß eine Beteiligung zustande gekommen ist, die nur mit selbstloser Einsetzung der Radfahrer möglich ist. Auch einige der besten ausländischen Fahrer sind wieder mit von der Partie, womit den Rennen internationaler Charakter gegeben ist. Am Mittelnachmittag um 4 Uhr beginnenden Veranstaltung steht der „Große Preis von Ruhleben“, ein Dauerrennen in drei Runden über 10, 15 und 25 Km. Als sichere Teilnehmer nennen wir in erster Linie die Ausländer Wikentmann und Berndt, die schon bei der ersten Veranstaltung mitgewirkt und gezeigt haben, daß sie in dem großen Kampf ihren Mann stehen. Zu diesen beiden Ausländern kommen diesmal der hier so beliebte Schweizer Wegmann, der hinter Krüger den Kampf aufnehmen wird, und der Franzose Dubourd. Von deutscher Seite haben sich erstklassige Fahrer in die Wettbewerbe einschreiben lassen. Die Sieger werden, wie u. a. ein Vorkampfen über 12 Km. annehmen, werden eine interessante Bereicherung durch die in Aussicht genommene Teilnahme einer Reihe der besten Straßenfahrer erhalten. Bis jetzt ist die Teilnahme von 40 Ritzlern gesichert, so daß wieder mit einem Massenauflauf der Radfahrer zu rechnen ist.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Schulbuchverlag, Münchstr. 25, mit seinen Filialen Kottbuser Damm 13 und Frankfurter Allee 54 bringt wieder eine Reihe besonders billiger Angebote für gute Ware. Wir verweisen daher auf heutige Inserat.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Cateranus; Gewerkschaftsbewegung: J. Köhler; Fußball: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Walter Kröner; Anzeigen: Th. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Gewinnliste

23. Preußisch-Süddeutsche (249. Preuß.) Klassen-Lotterie

6. Klasse 23. Juli 1924

Clas Gewinr. Radbrud verboten.

1 Gewinn zu 75 000 RM 242075

1 Gewinn zu 10 000 RM 288775

2 Gewinne zu 5 000 RM 210175 278975

5 Gewinne zu 3 000 RM 43475 130069 160778

177175 290459

11 Gewinne zu 2 000 RM 33075 94289 118769

187975 197389 203575 257675 320389 372775 372775

203589

16 Gewinne zu 1 000 RM 15475 19675 29175

61175 72975 88889 98775 110190 110389 101589 104575

177089 204389 240809 260289 270075 284575 287489

53 Gewinne zu 800 RM 3289 13375 23889 23889

25189 42675 46475 49589 55875 62775 74175 89589

90489 94489 101975 103375 110575 126775 134889

126889 130375 131275 134375 135489 136675 138675

140075 143075 145189 156489 159675 173075 183675

185475 191075 201875 207175 210289 212889 220689

230475 230789 246175 266275 270289 280189 300089

382489 383375 398189 397675 391275 397389

108 Gewinne zu 600 RM 1275 6789 5989 7789

6675 9675 13489 14589 13689 10089 16375 10389

22775 27489 30789 32889 33389 35189 37589 38075

40289 43175 43189 44175 44789 44989 58289 58289

69275 61189 62075 77289 78889 80289 85289 85275

86189 99375 104089 104589 105689 105289 10289

190489 113975 115175 119475 124975 126175 130789

143389 151389 163189 164089 164089 167289 170389 170689

173589 174489 175489 177375 179189 179075 180275

182675 182775 183375 185189 187089 188375 190389

193775 195189 195875 196689 197889 200075 200989

214089 214975 216975 217675 221889 223089 224975

225075 226075 226789 228089 235875 241089 243775

248289 251375 250189 252289 264775 265789 273375

274289 276975 281889 280089 282289 284375 290389

293189 295289

201 Gewinne zu 500 RM 1175 2689 4889 5099

6989 10775 12389 14375 15589 16575 17889 18975

23575 25575 31675 33575 34275 35889 36189 36075

37775 39475 39789 40175 41489 41875 44589 45189

45575 46075 46889 52475 62589 53689 58575 59175

60389 60475 67589 65789 69789 71975 72689 72689

73275 75989 78189 77189 77989 78175 80375 82489

83389 84075 84489 85575 85975 86275 88675 89389

90575 91189 93175 93675 93689 95475 97075 97475

101775 102489 109075 108089 113375 113589 115489

117089 118275 119875 119075 128275 128889 129075

130075 130275 130689 132275 134489 134975 136289

139875 139889 140475 141275 146689 150475 150875

151575 151589 151789 152575 153075 154275 155975

167175 167289 169489 169089 181089 181875 182475

185289 185489 184975 186189 190689 171589 174775

194889 183375 184289 189375 190389 190375 197975

198675 200175 200189 201375 203189 204075 206175

206589 206175 209089 209175 209189 210075 210975

212275 212375 215175 216089 235675 235889 236589

237275 238475 239175 239489 231275 232089 232489

239075 239289 239775 237589 238175 241689 243175

243775 243889 244175 244989 245575 246889 247089

250175 250889 252589 261975 262889 262889 264875

265089 267689 268475 268789 270389 271375 271975

272289 272389 272475 273589 275289 275675 276089

277475 280775 284089 284475 285789 286289 288075

288989 290575 290789 290975 297675 297689 299875

Auf alle Rechennummern von 1 bis 300 000, die auf die Zahlen 75 und 89 enden und nicht mit einem Nullen-Gewinn gegeben wurden, entfällt der Gewinn von 150 Km

Am 24. Juli 8. 3a. Begeht der Richter
Wilhelm Rasch
mit seiner Ehefrau das Fest der
Diamantenhochzeit.
Friedrich-Wilhelm-Hospital, Friedrichstr. 17.

Stappeden
Preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmadel,
72 Wallstr. 72/73 Spittelmarkt,
C. Gebell u. Nikolsburg-Pl. 2
WitteStappeden wird aufgearb.

REKLAME-TAGE

Nach beendet. Saison-Ausverkauf bringen wir in unseren Reklame-Tagen wiederum eine Reihe außergewöhnlich billiger Angebote. Wir haben eine weitere Anzahl Artikel nochmals herabgesetzt, sie sind in unseren 17 Schau-fenstern ausgestellt

Herrenstiefel 6⁰⁰
echt Rindbox und Pahlleder . . .

do. Braun Box-rind, 9⁰⁰
moderne breite Form

Herrenhalb-schuhe, 9⁰⁰
braun Boxkalf, mod. spitz. Form

do. prima Lei-nen, 4⁰⁰
auf Rand gedoppelt . . .

Damen-Halb-schuhe 3⁰⁰
K. Cheveau u. Chromleder . . .

do. braun Boxrind, 6⁰⁰
gut. Fabrikat u. Material . . .

Grau und braun Sämischeder 7⁰⁰
hervorragend. Fabrikat, früher 18,50, sowie echt Boxkalf auf Rand genäht . . .

Breitspangenschuhe 5⁰⁰
mod. spitz. Form br. Schliebespang.

do. braun echt Cheveau 7⁰⁰

Lackschnür-schuhe 7⁰⁰ 9⁰⁰
runde Form . . .

Lack 11⁰⁰
m. breiter Schlie-be-schnalle sowie braun Boxkalf, gutes Material, allerneueste Form . . .

Hier nur einige Beispiele:

Damen weiß Leinen
Schmuckschuhe, moderne spitze Form, sehr gute Fabrikat, gute Ledersohlen, durchweg Paar

Damen Lastingschuhe
gutes Fabrikat, gute Ledersohlen . . .

Damen Ledernieder
gute Ledersohlen mit großen Pompon . . .

Haferlschuhe braun

Leder-Kinderstiefel Größe 23-24 . . .

95

Haferlschuhe
braun, echt Boxkalf
gute Ledersohlen

25-28 4⁰⁰ 23-24
27-30 4⁰⁰ 3⁹⁰
31-35 5⁰⁰ 3

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt
Münchstr. 25 Frankfurt am Main 54
Kottbuser Damm 13

Damen-Haus-schuhe, 95
Dunkelstoff flache Muster Pl.

Pantoffel 55
Herren 65, Damen . . . Pl.

Sandalen, Kinderstiefel, Turnschuhe etc. etc. in großer Auswahl, billig